

# Kritisch bleiben: Der Weltklimarat sagte nicht, daß der Rhein überfließt. Aber auch nicht, daß er es nicht tut. (Luisa, bitte beachten!)

geschrieben von AR Göhring | 26. Juli 2021

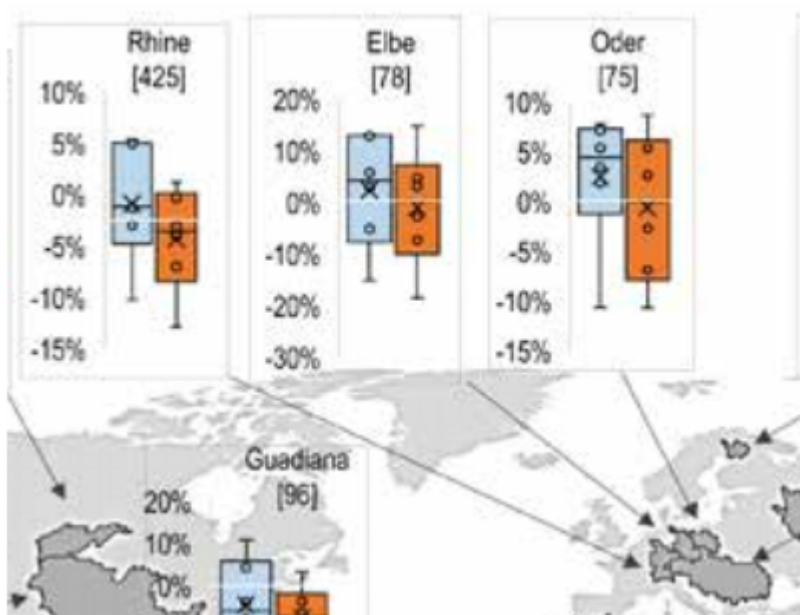
von AR Göhring

In den sozialen Netzwerken ging die Information herum, daß das IPCC (Weltklimarat) gemeint habe, durch die Erderwärmung werde es weniger Hochwasser geben. Stimmt nicht – und das hat einen pikanten Grund.

Der kritische Kabarettist Vince Ebert, früher wohl ein beruflicher Freund von Klima-Arzt Eckart von Hirschhausen, ist ein bekannter Gegner der Panikmache mit Geschichten vom Klima-Weltuntergang. Legendär sein Auftritt zu den „Homöopathen der Wissenschaft“, den Klimaforschern.

Vor kurzem meinte er, daß das IPCC seinem 1,5°-Sonderreport gesagt habe, daß Hochwasser im Einzugsgebiet des Rheins bei 1,5°C Erderwärmung weniger würden; bei 2°C sogar deutlich.

Stimmt aber nicht so ganz – und das liegt eben an der „Homöopathie“. Tatsächlich zitiert der Klimarat auf Seite 202 einen Magazinartikel von Gosling et al. (2017), der keine klare Aussage zu den Rheinhochwässern macht. So sieht die statistische Darstellung aus:



<https://www.ipcc.ch/sr15/download/>

Gezeigt werden hier die 25- und 75-Prozentränge (Perzentile) mit Mittelwert und Standardabweichung (dünne Linie) für Temperaturerhöhungen um 1,5° und 2°C. Im Klartext: Nichts Genaues weiß man nicht, da die Standardabweichung nach unten viel zu hoch ist. Könnte mehr werden, könnte aber auch deutlich weniger sein.

Nur bei wenigen Flüssen wie der sibirischen Lena wird eine klare Aussage getroffen (mehr Hochwasser bei Erderwärmung).

Text dazu: Ihre Ergebnisse zeigen, dass Vorzeichen und Ausmaß der Änderung mit globaler Erwärmung für den oberen Amazonas, Darling, Ganges, oberen Niger und oberen Mississippi sind unklar, während der Rhein und der Tejo möglicherweise einen Rückgang des prognostizierten Abflusses und die Lena einen Anstieg erfahren können.

Im Gegensatz zu den Talkshow-Aussagen der Klimaforscher („in 20 Jahren wird es gar kein Eis und Schnee mehr geben“, Latif 2000) sind die IPCC-Reports deutlich vorsichtiger gehalten; heißt: schwammig, uneindeutig. Im Prinzip ist ein vorsichtiges Formulieren wissenschaftlicher Standard. Aus der medizinischen Biologie kenne ich das Phänomen bestens: Da kann ein Gen x oder ein Signalmolekül y in der einen Zellart Wirkung 1 haben; in der anderen aber das Gegenteil oder Wirkung 2. In der Medizin wird aber bei solchen Ergebnissen niemand ein Medikament gegen Gen x oder Molekül y anmelden und in der Öffentlichkeit verkünden, die Welt damit zu retten. In der Klimaforschung hingegen passiert genau das, um in die Medien zu kommen und die Steuergeldflüsse aufrecht zu erhalten.

Die uneindeutigen Formulierungen, häufig mit zweifelhafter Methodik wie Computermodellen und auf Basis noch zweifelhafterer Annahmen wie hoher Klimasensitivität gewonnen, haben aber auch einen Vorteil: Wie im vorliegenden Fall des Tweets von Vince Ebert kann man die Homöos nicht auf falsche Aussagen festnageln. Vor Gericht könnte ein Klimaalarmist die Perzentil-Grafik oben zeigen und korrekterweise behaupten, er habe zum Thema Hochwasser im Rheinland nichts vorhergesagt.

Immerhin: Auch die nun auflaufenden Klima-Karrieristen wie Luisa Neubauer, die zur Flutkatastrophe twittern wie ein Maschinengewehr, haben laut „der“ Wissenschaft definitiv nicht recht, wenn sie behaupten, das tödliche Hochwasser an der Ahr hätte etwas mit dem Klimawandel zu tun, weswegen „wir“ nun noch mehr fürs Klima tun müßten.

---

# Wikipedia und die freie Beschimpfungsäußerung

geschrieben von AR Göhring | 26. Juli 2021

von AR Göhring

EIKE führt seit anderthalb Jahren einen Gerichtsprozeß wegen Verleumdung in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia. Das Urteil steht noch aus.

Der geübte Internetnutzer kennt das Problem: Ist ein Thema irgendwie politisch oder finanziell relevant, schreiben beauftragte (?) oder selbsternannte Faktenchecker die Wikipedia-Artikel im Sinne der Lobbygruppen um. Gender, Migration, Corona, Klimawandel, Israel, Vietnamkrieg, Trump und Baerbock ... liest man die Artikel dazu, merkt man schnell, welche Meinung die Autoren haben. Eigentlich soll demokratische und fachliche Kontrolle gewährleistet sein, wenn genügend Autoren mit unterschiedlicher Meinung an einem „Lemma“ mitschreiben. Aber da läuft es wie in den Medien, der Wissenschaft und in der Politik: Die schweigende Mehrheit ist von der Persönlichkeit her nicht auf öffentlichen Streit aus; die kleine Minderheit der Meinungswächter und selbsternannten Weltretter aber schon. Folge: Eine erstaunlich kleine Gruppe von Dogmatikern kann durch ihre privilegierte Position und Situation einen Großteil der „öffentlichen“ Kommunikation fast ganz allein bestreiten. Medien wie Wikipedia oder Twitter verstärken diesen Effekt erheblich.

Ein besonders prominentes Beispiel ist Andreas Lieb alias *Andol*, der vom Journalisten Alex Baur von der Zürcher Weltwoche aufgeklärt wurde. Das grüne Parteimitglied aus dem Fränkischen mag „Klimaleugner“ überhaupt nicht und schrieb ganze 40 Seiten über diese bösen Zeitgenossen voll. Natürlich ist er auch auf EIKE und seine Gründer nicht gut zu sprechen und zeichnet für Teile der Artikel über Holger Thuß, Michael Limburg und Horst Lüdecke verantwortlich.

Es gibt zwar interne Disziplinierungsvorkehrungen bei Wikipedia wie Sperren bei „Editier-Krieg“, gewählte Administratoren auf verschiedenen Hierarchie-Ebenen, Diskussionsseiten für jeden Artikel und so weiter. Wenn aber, wie beschrieben, fast nur Gleichgesinnte schreiben und der Pluralismus damit Theorie bleibt, rutschen die einseitigen Texte einfach durch. Stehen eindeutige Beleidigungen und Falschbehauptungen drin, kann man mit Einsatz von Medienanwälten und Geld dagegen vorgehen. Krasse und eindeutige Fälle werden dann von ranghohen Verwaltern gelöst. Ein Publizist erzählte uns, er gebe monatlich rund 1.000 Euro dafür aus, um sein Lemma halbwegs „sauber“ zu halten.

Sind die Wikipedia-Um-Schreiber etwas geschickter, pöbeln sie nicht einfach drauf los, sondern „belegen“ ihre getippte Meinung mit Quellen

aus dem Journalismus oder einer NGO. Heißt, daß dann das Gepöbel anderer belegt drinsteht. Gerade Andreas Lieb hat diese Methode perfektioniert. Lesen Sie einmal den Artikel zu EIKE und schauen Sie, wie Andol seine ablehnende Haltung uns gegenüber mit Quellen „objektiviert“. Würde man die Tendenz auf der Diskussionsseite zum Artikel kritisieren, würde gesagt, „schreib doch selber etwas Positives oder Neutrales.“ Was geschähe, wenn man das täte, kann sich der geneigte Leser vorstellen. Dann würde ein „Editierkrieg“ losgehen (schreiben-löschen-schreiben-löschen...), den Andol & Co. unter geschickter Nutzung des Kleingedruckten für sich zu Nutzen wüßten. Oder die „demokratische Mehrheit“ der beteiligten Autoren würde auf der Diskussionsseite entscheiden, daß die Informationen x und y nicht „enzyklopädisch“ genug seien und so weiter.

In dem Zusammenhang, ein kleines Bonbon für Sie zum Nachschlagen: Der Gründer von *Extinction Rebellion* XR, Roger Hallam, ist auf der deutschen Wikipediaseite zu XR spurlos verschwunden. Warum? Die Auflösung steht auf der Diskussionsseite des Artikels...

Was macht man dagegen? Selber laufend Artikel editieren? Mangels Masse ist das nur punktuell möglich, wenn überhaupt, da die grünen Weltsichtinhaber meist gut steuerlich durchfinanziert und damit zahlreich und Zeitbesitzer sind. Und jemanden mit selbstaufgelegter Mission zieht es halt schnell zu Wikipedia, wo man ohne großen Aufwand Millionen Leser erreichen kann.

Stehen in einem Artikel keine klaren Beleidigungen, sondern Fakenüsse à la ARD oder Spiegel, ist der Medienanwalt machtlos, und man kann es nur noch über eine Klage vor Gericht versuchen. Genau das tat EIKE im November 2019 vor dem Landgericht Berlin gegen die *Wikimedia Foundation Incorporated*, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Michael Snow, Montgomery Street 1, Suite 1600, San Francisco, USA.

Welche Anträge auf Unterlassung von Falschbehauptungen wurden dort gestellt? Insgesamt 20 zu den Themenbereichen Wissenschaftlichkeit und Organisation.

Einige prominente Beispiele aus den Wiki-Artikeln:

Entgegen seinem Namen ist EIKE kein wissenschaftliches Institut, sondern wird als Lobbyorganisation bezeichnet.<sup>[6]</sup>

Von Stimmen aus Wissenschaft und Presse wird der Verein als Zentrum der politisch aktiven und organisierten Klimaleugnerszene in Deutschland beschrieben. Sein Ziel sei es, den systematischen Angriff auf die Befunde der Klimawissenschaft zu betreiben.

EIKE wird vorgeworfen, Wissenschaftlichkeit vorzutäuschen, gezielt Desinformation zu verbreiten und Einfluss auf Parteien zu nehmen.

Als „Geschäftsstelle“ gibt der Verein eine Adresse in Jena an. Der Verein verfügt nach Aussagen der Süddeutschen Zeitung (2010)<sup>[9]</sup> und der Zeit (2012)<sup>[8]</sup> über kein Büro.

[Wolfgang Müller] ist verantwortlich für das CFACT *Climate Change Programme*<sup>[48][49]</sup>

Als unabhängige Quellen werden gerne Artikel der grünen Presse und Bücher grüner NGOs angegeben, zum Beispiel:

Sebastian Haupt: Zitierkartelle und Lobbyisten. Vergleichende Perspektiven auf die Klimawandelleugner. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Band 33, Nr. 1, 2020, S. 170–184

Man sieht, Andol und Mitschreiber halten sich formal an die Wikipedia-Regeln, nach denen enzyklopädisch jede Sachinformation belegt sein muß.

Wie sieht so eine Klageschrift aus? Der Laie ist ja selten oder nie mit so etwas befaßt. Zitat des Antrags unserer Rechtsvertreterin:

Namens und in Vollmacht des Klägers ergebe ich Klage und beantrage,

I. die Beklagte zu verurteilen, es bei Meidung eines vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festgesetzten Ordnungsgeldes bis zu 250.000 €, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, letztere zu vollziehen an den vertretungsberechtigten Vorständen der Beklagten zu unterlassen, wörtlich oder sinngemäß zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen:

1. EIKE ist kein wissenschaftliches Institut

2. EIKE täuscht Wissenschaftlichkeit vor und verbreitet gezielt Desinformationen (...). Der Verein veröffentlicht keine Publikationen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Einige Publikationen von Vereinsmitgliedern erschienen in Raubjournalen, werden jedoch auf der Webseite als peer-reviewed (also durch wissenschaftliche Qualitätssicherung geprüft) beworben.

usw.

Im weiteren folgen, wie unter Juristen üblich, ausführliche (und damit sehr lange) Beweisführungen für die genannten Falschaussagen der Wikipedia-Einträge.

In einer solchen Klageschrift muß vom Gericht auch ein sogenannter Streitwert festgelegt werden, der als Maß für die entstehenden Gerichts- und Anwaltskosten dient; in unserem Fall sind es 20.000 Euro. Bisher mußten wir schon über 1.000 Euro zahlen – im Falle der Niederlage kommen noch einmal mehrere Tausend hinzu.

Der Anwalt von Wikimedia Inc. argumentiert in der üblichen Weise, die Wikipedia sei nur eine öffentliche und nicht-kommerzielle Plattform, auf der andere etwas schreiben, und die seien dann für den Inhalt verantwortlich. Zur Unterstützung werden zwei Präzedenzfälle der Landgerichte Halle/S und Düsseldorf präsentiert, in denen das „Nur-Plattform“-Argument erfolgreich war.

Die Klage ist unbegründet, da die beanstandete Verbreitung der streitgegenständlichen Meinungsäußerungen rechtmäßig ist. Das von der Beklagten mit ihrer Online-Enzyklopädie verfolgte Informationsinteresse der Öffentlichkeit, das Recht des Autors (oder Autoren) des streitgegenständlichen Enzyklopädie-Beitrags auf freie Meinungsäußerung als auch das Recht der Beklagten selbst auf frei Meinungsäußerung überwiegen hier die Interessen der Klägerin. Zudem ist die Klägerin größtenteils von den streitgegenständlichen Äußerungen nicht betroffen. Wenn es sich in wenigen Fällen und Tatsachenbehauptungen handeln sollte, wären diese wahr.

Wir rechnen mit mindestens einem weiteren Jahr Prozeßdauer. Wie er ausgehen wird, ist nicht abzusehen; beim aktuellen politischen Klima sind aber recht abstruse Urteile möglich, wie das Bundesverfassungsgericht kürzlich unter Beweis stellte.

EIKes Strategie ist, wie der geneigte Leser weiß, vielfältig:

1. Aufklären mit aktuellen Artikeln, Konferenzen Büchern und wissenschaftlichen Publikationen über den tatsächlichen Stand der wissenschaftlichen Forschung
2. Entsenden von echten Experten in Bundes- und Landtagsausschüsse zu wissenschaftlichen Fragestellungen
3. Bekämpfen von Falschinformationen unter anderem durch Klagen wie der vorliegenden.

Punkt 3 wird immer wichtiger werden, da, wie die Baerbock-Affäre zeigt, die profitierenden Minderleister immer stärker davon abhängig werden, für sie gefährliche Informationen möglichst aus der öffentlichen Meinungsbildung herauszuhalten.

Und dieser Punkt 3 ist leider der teuerste, da wir ohne externe kundige Fachanwälte nicht gegen die (noch) gut steuergeld-geschmierte gegnerische Maschinerie ankommen. Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Wenn Sie uns helfen wollen, würden wir uns über eine kleine Spende freuen:

Europäisches Institut für Klima und Energie  
Volksbank Gera Jena Rudolstadt  
**IBAN: DE34 8309 4454 0042 4292 01**  
**BIC: GENODEF1RUJ**

---

## **WSJ: Die Klima-Agenda geht mit einem Paukenschlag zu Ende**

geschrieben von Chris Frey | 26. Juli 2021

**Joseph Sternberg**, The Wall Street Journal (WSJ)

**Während die Kosten der Klimapolitik in die Stratosphäre schießen, kann man erneut darüber spekulieren, wie lange es dauern wird, bis die Schwerkraft wieder einsetzt.**

[Hervorhebung im Original]

Wir sollten diese Woche als ein herausragendes Ereignis in den Annalen des Klimawandels betrachten. Die Europäische Union hat einen gigantischen neuen Plan zur Kontrolle der Kohlendioxidemissionen vorgestellt, während Peking ein Emissionshandelssystem einführt und Großbritannien einen Plan zur Ökologisierung des Transportwesens veröffentlicht.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der die Klimapolitik vielerorts einen raschen und bedeutenden Wandel zu erfahren scheint – und zwar nicht in die Richtung, die sich Umweltaktivisten erhofft hatten. Um es kurz zu machen: Die Wähler haben begonnen zu bemerken, wie viel sie jeweils ausgeben müssen, um den Kohlenstoffausstoß zu reduzieren, und das gefällt ihnen nicht.

Es ist ein verblüffend breites Phänomen. Die Schweizer haben letzten Monat ein Referendum zur Einführung einer Treibstoffsteuer und einer Steuer auf Flugtickets abgelehnt. Das britische Kabinett, das am Mittwoch wichtige neue Kohlenstoffbeschränkungen für die Transportindustrie vorschlug, ist auch über zuvor angekündigte Pläne gespalten, mit Gas befeuerte Hausheizungen zu verbieten und Vermieter zu

verpflichten, die Energieeffizienz in Mieteinheiten zu erhöhen.

Die EU hatte in dieser Woche noch nicht einmal ihr großes neues Klimapaket vorgestellt, bevor wütende Lobbyarbeit in Opposition zu fast allem ausbrach. Französische Beamte klingen besonders alarmiert über die Gefahr, und das ist kein Wunder. Präsident Emmanuel Macron sieht seine Agenda seit fast drei Jahren durch die Proteste der Bevölkerung gegen die Erhöhung der im Jahre 2018 eingeführten Dieselsteuer aus der Bahn geworfen.

In Japan haben die klimabegeisterten Aktionäre gerade eine (für sie) katastrophale Saison der jährlichen Aktionärsversammlungen hinter sich gebracht. Beschlüsse, die aggressive Kohlenstoffziele für Unternehmen festschreiben, wurden bei allen drei Unternehmen abgelehnt, bei denen Aktivisten sie vorgeschlagen hatten – Mitsubishi UFJ, Sumitomo und Kansai Electric Power.

Dies folgte auf die Ankündigung im April, dass der japanische Government Pension Investment Fund, der mit rund 1,6 Billionen Dollar verwaltetem Vermögen der größte der Welt ist, das trendige ESG-Investing aufgibt (ESG = environmental, social and governance). Die Strategie war ein finanzieller Verlierer, und „wir können nicht die Renditen opfern, um ökologische Namen oder ESG-Namen zu kaufen“, sagte Kenji Shiomura, Senior Director der Abteilung für Anlagestrategie des Fonds, in einem Interview mit Bloomberg. Angesichts Japans bevorstehender Schwemme an Rentnern und des Mangels an Arbeitskräften mussten die Bloomberg-Reporter zugeben, dass „Renten ein sensibleres Thema sind als der Klimawandel.“

Vor zwei Jahren sonnten sich die Grünen im Glanz von Greta Thunberg und die Aktivisten dachten, die Öffentlichkeit hätte einen Wendepunkt zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen erreicht. Was ist passiert?

In erster Linie sind die Klimaaktivisten Opfer ihres eigenen Erfolgs. Aus einer Vielzahl von Gründen – einige sind marktbasiert und gutartig, andere regulatorisch und teuer – ist die Kohlenstoffintensität in den Industrieländern in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. Nach einer Zählung emittieren die USA heute 0,28 Kilogramm Kohlendioxid für jeden Dollar des Bruttoinlandsprodukts, während es in den 1970er Jahren noch mehr als 0,8 Kilogramm waren (bei konstanten Dollars von 2010). Großbritanniens Emissionen pro Dollar des Bruttoinlandsprodukts sind im gleichen Zeitraum von über 0,6 Kilogramm auf etwa 0,13 Kilogramm gesunken, und Japans Emissionen sind von 0,36 auf 0,18 gesunken.

Dies deutet darauf hin, dass weitere Emissionssenkungen in diesen Volkswirtschaften wahrscheinlich sehr viel schwieriger und kostspieliger zu erreichen sein werden. Beachten Sie, dass es trotz phantastischer Versprechungen über die wirtschaftlichen Vorteile von Elektroautos oder grünen Arbeitsplätzen immer unzählige Billionen Dollar für vom Steuerzahler finanzierte Green New Deals und ein paar Hundert Dollar



mehr auf der Heizungsrechnung Ihres Haushalts zu benötigen scheint, um von hier nach dort zu gelangen.

Dies ermutigt die westlichen Wähler nur dazu, all die anderen Teile der Welt zu bemerken, in denen die Kohlenstoffintensität noch nicht im gleichen Maße gesunken ist, wie in China, Indien und Russland, deren Kohlenstoffemissionen pro Dollar des BIP neun- bis zehnmal so hoch sind wie die der Marktwirtschaften mit den niedrigsten Emissionen.

Diese Länder müssen nur bereits existierende Kohlenstoff reduzierende Technologien importieren. Pekings neues Emissionshandelssystem ist mit ziemlicher Sicherheit ein Versuch, widerspenstige Unternehmen dazu zu zwingen, und zwar sowohl aus Gründen der allgemeinen wirtschaftlichen Effizienz als auch aus anderen Gründen. Eine solche Umstellung wird immer noch kostspielig sein und muss entweder über höhere Verbraucherpreise auf chinesische Exporte oder direkte staatliche Subventionen finanziert werden. Aber es ist mit ziemlicher Sicherheit billiger als die derzeitigen Pläne der Industrieländer, noch ein paar Billionen Dollar für den Versuch auszugeben, eine völlig neue Wirtschaft zu erfinden, um nur marginale Emissionsreduzierungen zu erreichen.

Verlassen Sie sich nicht darauf, dass solche Realitäten auf der COP26-Konferenz in Schottland später in diesem Jahr auftauchen werden. Die zahlreichen neuen grünen Initiativen dieser Woche lassen vermuten, dass die Klima-Agenda eher mit einem Knall als mit einem Wimmern zu Ende gehen wird.

Aber während die Kosten in die Stratosphäre schießen, kann man erneut darüber spekulieren, wie lange es dauern wird, bis die Schwerkraft wieder einsetzt. An diesem Punkt wird sich der industrielle Komplex des Klimawandels einen Vorwand ausdenken, mit dem er den Sieg auf der Grundlage des bereits erreichten Fortschritts für sich beanspruchen kann – bevor irgendein anderer unglücklicher Politiker die Wähler bitten muss, Geld auszugeben, das sie einfach nicht mehr hergeben wollen.

*Das ganze Op-Ed nebst Kommentaren steht [hier](#) (Zahlschranke)*

Link:

<https://www.thegwpf.com/ws-j-the-climate-agenda-goes-out-with-a-bang/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

# Big Bad Tech: Wenn Zensur zum Unternehmen wird

geschrieben von Chris Frey | 26. Juli 2021

Global Warming Policy Forum

## **Geschichtsklitterung, Boshaftigkeit und eine Gefahr für freie Gesellschaften**

Kulturell bedeutsame Informationen gehen verloren

Der wogende Wechsel der Unternehmensmeinungen schafft ein Minenfeld, durch das unabhängige Denker navigieren müssen, um nicht „gelöscht“ zu werden

Nonkonformistische Ansichten sind besonders unter Beschuss geraten

Die aufklärerische Tradition der rationalen Debatte und der wissenschaftlichen Forschung wird zunehmend an den Rand gedrängt

**Befürworter der freien Meinungsäußerung haben traditionell gegen die Zensur der Regierung gekämpft. Aber Unternehmenszensur durch die globalen Big Tech Giganten ist jetzt die größere Bedrohung, wie eine heute von der Global Warming Policy Forum (GWPF) veröffentlichte Studie warnt.**

[Hervorhebung im Original]

In *Big Bad Tech: When censorship goes corporate* zeigt die kanadische Journalistin Donna Laframboise, dass Facebook, Twitter und YouTube nicht nur den aktuellen politischen Diskurs verzerren. Sie löschen auch die Geschichte aus.

Aufzeichnungen darüber, was gewöhnliche Menschen zu bestimmten historischen Momenten gesagt und gedacht haben, sind unbezahlbar. Archive und Bibliotheken geben sich große Mühe, sie zu bewahren. Wenn YouTube Videos löscht, weil sie gegen seine sich ständig ändernden Richtlinien verstoßen, werden die historischen Aufzeichnungen wie Schweizer Käse – voller Löcher.

Wenn Facebook 350.000 Gruppen mundtot macht, in denen über aktuelle Ereignisse diskutiert wird, verlieren alle, auch Gelehrte, den Zugang zu großen Mengen kulturell bedeutsamer Informationen.

Laframboise, einst Vizepräsidentin der Canadian Civil Liberties Association, sagt, dass Tech-Riesen nicht einfach private Unternehmen sind:

„Indem sie öffentliche Foren veranstalten, an denen Tausende von Menschen teilnehmen, sind diese Unternehmen zu den Hütern wichtiger historischer Aufzeichnungen geworden. Sie haben eine moralische Verpflichtung, diese Aufzeichnungen zu bewahren. Stattdessen wischen sie sie vom Angesicht des Planeten.“

„Big Tech ist wie ein missbräuchlicher Ehepartner“, sagt Laframboise. „Er tauscht die Schlösser aus, verbrennt deine Sachen in einem Lagerfeuer und fragt, was du dagegen tun wirst.“

„Big Tech Zensur ist kein Zufall“, fügt Dr. Benny Peiser, Direktor der GWPF, hinzu. „Dieser Bericht zeigt, dass nonkonformes Denken über den Klimawandel und viele andere Themen systematisch erstickt wird. **Die westlichen Gesellschaften laufen ernsthaft Gefahr, zur Zensurkultur des dunklen Zeitalters in Europa zurückzukehren, und verlieren schnell ihre hart erarbeiteten Freiheiten.**“

[Hervorhebung vom Übersetzer]

**Big Bad Tech: When censorship goes corporate (pdf)**

Link:

<https://www.thegwpf.com/big-bad-tech-when-censorship-goes-corporate/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

## Ehrlich dumm gelaufen\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 26. Juli 2021

*Klaus J. Groth (Red. PAZ)\**

Wie Glaubwürdigkeit in kleinen Portionen abhanden kommt, und warum schöne Bilder ihre Tücken haben. Die Toten waren noch nicht gezählt, die Wassermassen nicht abgeflossen, die horrenden Schäden nicht annähernd beziffert, da ergoss sich bereits die nächste Flutwelle über das erschütterte Land. **Die Bußprediger des Kohlendioxids** waren schneller als das Technische Hilfswerk. Sie beklagten bereits die Ursachen der Katastrophe, als die Betroffenen noch fassungslos vor der schlamigen Verwüstung standen.

=====

=

In Zeiten, in denen noch mehrheitlich an das Wirken einer höheren

Instanz geglaubt wurde, galt eine verheerende Katastrophe als Geißel Gottes. Sie wurde abgelöst durch die Geißel des Klimawandels. Wer daran zweifelt, ist Leugner und Ketzer. Und was mit Ketzern zu geschehen hat: siehe Geißel Gottes.

Nur leider bedachten **die Bußprediger** in ihrem Übereifer nicht, dass Menschen, die vor den Trümmern ihres Lebens stehen, **das legendäre Klimaabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 vollkommen gleichgültig ist**. Diese Menschen denken im harmlosesten Fall an ihr verdrecktes Sofa, an zwei ertrunkene Hühner oder im bittersten Fall an einen verschwundenen Mitmenschen. An Selbstbeschränkung und Umweltabgaben denken sie nicht. Einige der oberen Bußprediger haben das schnell begriffen und ihr lärmendes Fußvolk zurückgepfiffen: Bußpredigt bitte für später aufsparen. Sie kommt so sicher wie Kohlendioxid aus dem Auspuff.

Selbst *Annalena Baerbock* musste sich bescheiden. Zwar brach sie ihren Urlaub staatstragend ab – Verantwortungsträger machen das so –, aber ihre Gummistiefel kommen vorerst nicht zum Einsatz. Schade, hätte so schöne Bilder gegeben. Das weiß man spätestens seit 2002, als der Wahlkämpfer Gerhard Schröder die Gummistiefel anzog und medienwirksam durch das Hochwasser der Elbe stiefelte. Sein Konkurrent Edmund Stoiber gab ein paar Ratschläge, blieb aber fern der Fluten. Schröder gewann die schon verloren geglaubte Wahl zum Bundeskanzler. Ganz nebenbei: Das verheerende Hochwasser der Elbe musste noch vollkommen ohne Klimawandel auskommen.

Das Jahrhunderthochwasser der Elbe 1962 übrigens auch. Damals erwarb sich der Polizeisenator Helmut Schmidt den Ruf als zupackender Macher, der ihn schließlich Bundeskanzler werden ließ. All dies weiß Annalena Baerbock auch, umso mehr dürfte sie den Verzicht auf die Gummistiefel bedauern.

Baerbocks Herzensfreund *Robert Habeck* versucht es erst gar nicht mit Gummistiefeln. Der ging in der Woche auf Wahlkampftour nach Nordfriesland. Die schönen Bilder dort mit Sandstrand, Salzwiesen und Leuchtturm in der Ferne sind einfach hammermäßig. Sich dessen bewusst, posierte Habeck auch auf dem Deich vor Husum. Den Blick kühn in die Ferne gerichtet wie weiland der Deichgraf, ganz in der Pose „Trutz Blanker Hans“, so steht er dort, wo gewöhnlich Schafe grasen. Nur leider, leider vergaß Deichgraf Habeck die Schuhe zu wechseln, bevor er kurz aus dem Wagen stieg und die Deichkrone für das Fotoshooting erklomm. Da steht er in blank polierten, braunen Herrenhalbschuhen Typ „Budapester“. Gewöhnliche Preisklasse: 250 Euro, gerne auch etwas mehr. Der klassische Schuh zur Wanderung auf dem Deich zwischen Schafscheiße ist das nicht.

In nämliche trat *Kanzlerkandidat Armin Laschet* vollfett. Und da steckt er nun mittendrin. Gemeinsam mit Bundespräsident Walter Steinmeier besuchte er den zu großen Teilen zerstörten Ort Erftstadt. Vor den Mikrofonen zeigte sich der Bundespräsident erschüttert, wenige Meter hinter ihm **schüttelte sich Laschet vor Lachen, das breite, herzliche**

**Lachen einer rheinischen Frohnatur.** Es dauerte nur 20 Sekunden, aber diese Sekunden werden den Kanzlerkandidaten über Wochen verfolgen. Davon befreit ihn auch nicht seine rasche Entschuldigung.

Da bekommt die Versicherung, das Schicksal der von der Flut betroffenen Menschen liege ihm am Herzen, einen ranzigen Beigeschmack. Oder braucht jetzt auch die CDU einen neuen Kanzlerkandidaten? Es ist schon erstaunlich, in welcher unterschiedlichen Form partiübergreifend die eigene Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird.

Der Hanseat, der Hanseatus hamburgensis insbesondere, gibt sich gerne bodenständig und weltoffen, der Tradition verpflichtet, sinnvollen Änderungen gegenüber aufgeschlossen. Sinnvoll? Dann dürfte er jetzt ein Problem haben mit dem jüngsten Beschluss seines Hamburger Verkehrsverbundes, kurz HVV. Für den gibt es künftig keine „Schwarzfahrer“ mehr. Nicht, dass jetzt alle Nutzer von Bus, U- oder S-Bahn lammergeißelt ihr Ticket kaufen. Die „Schwarzen Schafe“ sterben nicht aus, die Hammelherde wird sogar größer – nach allem was man weiß. Da aber bald das „Schwarze Schaf“ ebenso verschwindet wie der „Schwarzfahrer“, löst sich das Problem von alleine. Da dürfen sich die Schwarzfahrer wieder einen erfolgreich erbeuteten Skalp an den Gürtel hängen.

Doch Vorsicht: „Skalp“ ist ein vollkommen verbotenes Wort, das kürzlich sogar aus den Bilder geschichten von Donald Duck vom Verlagszensor getilgt wurde. Da gab es eine Szene, bei der Donald und seine Neffen durch einen Wald schleichen. „Wir sind auf dem Kriegspfad“, sagt Donald, „passt auf euren Skalp auf.“ In der bereinigten Neufassung wurde daraus: „... passt auf eure Füße auf.“

So ähnlich ist das wohl beim HVV. Dort ist ab sofort „Schwarzfahren“ das „Fahren ohne gültiges Ticket“. Ja, mein Gott, was denn sonst? Könnte es sein, dass die Damen und Herren Kontrolleure untereinander ohne jegliches sprachliche Feingefühl sagten, sie hätten wieder einmal einen Schwarzfahrer bei einer Schwarzfahrt erwischt? Skandal, Skandal! Beförderungerschleichung wäre doch das Mindestmaß an korrekter Bezeichnung gewesen. Nun also hängt der Skalp „Schwarzfahrer“ (Entschuldigung, eine unverbesserliche Wortwahl) neben dem Mohrenkopf, der nun Othello heißt, der Mohrenstraße in Berlin, die nun „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ heißt (jede Wette, dass kein Mensch feinsinnig den Namen dieses schwarzen Philosophen im Alltag nutzt?), neben diversen Mohren-Apotheken. Sie alle sind von einer sinnleeren Diskussion überzogen, die nun auch das kleinste Dort erreicht hat.

*Kennen Sie Negernbötel?* Nein? Macht nichts, wer dort nicht lebt, der muss es nicht kennen. Negernbötel liegt bei Schackendorf, das muss man auch nicht kennen. Schackendorf liegt bei Bad Segeberg. Das könnte man kennen, weil es dort, Corona-Zeit ausgenommen, jährlich die Karl-May-Festspiele gibt, bei denen leider auch so mancher Skalp erbeutet wird. Kleine Textänderung für Old Shatterhand: „... passt auf eure Füße auf!“ Aber erst einmal ist Negernbötel fällig. Die Grüne Jugend erkannte messerscharf den rassistischen Kern des Ortsnamens. Klar, der muss weg. Noch wehrt sich die Gemeindevertretung. Sie versucht es sogar mit

Sprachforschung, erklärt, „Negern“ bedeute „Näher“ und „böteln“ Siedlung. Alles faule Ausflüchte. Inzwischen wurde die Polizei eingeschaltet. Und was sagt der Hamburger Hanseat, dem der „Schwarzfahrer“ abhanden kam?: Hummel, Hummel, Mors, Mors!

**Aufgeschnappt** (Zusatz/Ergänzung von Erik Lommatzsch, Red. PAZ\*) :

Der Klimatologe **Stefan Rahmstorf** vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung verkündete 2019: „*Wir verlieren die Kontrolle über das Klimasystem.*“ Die Auffassung, dass wir das „Klimasystem“ unter „Kontrolle“ haben, dürfte vielen neu gewesen sein. Einige sehen es jedoch ebenso, etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Konstantin von Notz. Zu den gegenwärtigen Unwetterkatastrophen mit über 150 Toten im Westen Deutschlands äußerte er via Twitter: „# CDU: Kein Tempolimit! / # FDP: Der Markt und synthetische Kraftstoffe regeln das/SPD: Can't touch this: Kohle + Nordstream2 / Die # Linke: Was'n jetzt mit Sahara? / # Grüne: Klimaschutz Prio Stufe 1“. Gemeint war offensichtlich: Die Grünen hätten das Ganze mit ihrer Politik verhindern können, andere Parteien hingegen sind ignorant und quasi mitschuldig. Erst die Intervention der größten deutschen Boulevardzeitung veranlasste den Politiker zur Löschung seines Textes, für den die Bezeichnung Geschmacklosigkeit noch sehr zurückhaltend wäre. E.L.

=====

)\* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 23. Juli 2021, S.24 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie den Autoren **Klaus J. Groth und Erik Lommatzsch** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln :  
<https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====